

ÖFFENTLICHES RECHT UND EUROPARECHT AKTUELL.



AUSGABE 11 | 18.03.2016

Institut für Europarecht | Institut für Verwaltungsrecht und Verwaltungslehre
Redaktionelle Leitung: Assoz. Univ.-Prof. Dr. Franz Leidenmühler | Univ.-Prof. Dr. Michael Mayrhofer

NEUERSCHEINUNGEN

Matthäus Metzler

[Ausgleichsenergie im Elektrizitätsrecht](#)

Untersuchung des Bilanzgruppensystems aus verwaltungs- und verfassungsrechtlicher Perspektive

Verlag Österreich; 193 Seiten, broschiert; 48,00 €; ISBN: 978-3-7046-7336-7

I. BUNDESGESETZBLATT

[BGBl II 61/2016](#)

Verordnung des Bundesministers für Kunst und Kultur, Verfassung und Medien über die Festsetzung der Pauschalvergütung des Bundes für die Leistungen der Rechtsanwälte im Rahmen der Verfahrenshilfe vor den Verwaltungsgerichten (**Pauschalvergütungsverordnung Verwaltungsgerichte** – VwG-PauschVgtV)

[BGBl II 62/2016](#)

Sechste Verordnung der Bundesministerin für Inneres, mit der die Verordnung der Bundesministerin für Inneres über die **vorübergehende Wiedereinführung von Grenzkontrollen an den Binnengrenzen**, geändert wird

[BGBl II 63/2016](#)

Verordnung des Bundesministers für Finanzen, mit der die **Bioethanolgemischverordnung** geändert wird

[BGBl III Nr 55/2016 \(Anlage 1\)](#)

Vertrag zwischen der **Republik Österreich** und der **Tschechischen Republik** zur Änderung und Ergänzung des Vertrags zwischen der Republik Österreich und der Tschechischen Republik über die **polizeiliche Zusammenarbeit und die zweite Ergänzung des Europäischen Übereinkommens** vom 20. April 1959 über die **Rechtshilfe in Strafsachen**

II. AMTSBLATT DER EU

[ABI L 67 v 12.03.2016, 1](#)

Durchführungsverordnung (EU) 2016/353 des Rates vom 10. März 2016 zur Durchführung der Verordnung (EU) Nr 269/2014 über **restriktive Maßnahmen** angesichts von **Handlungen**, die die **territoriale Unversehrtheit, Souveränität** und **Unabhängigkeit** der **Ukraine untergraben** oder **bedrohen**

[ABI L 70 v 16.03.2016, 1](#)

Verordnung (EU) 2016/369 des Rates vom 15. März 2016 über die **Bereitstellung von Soforthilfe** innerhalb der **Union**

III. VFGH, VWGH, VERWALTUNGSGERICHTE

A. VERFASSUNGSGERICHTSHOF

18.02.2016, [G 642/2015](#)

GleichbehandlungsG; Zurückweisung eines Parteiantrags auf Aufhebung von Bestimmungen des **GleichbehandlungsG** mangels Darlegung von **verfassungsrechtlichen Bedenken**

18.02.2016, [W III 1/2016](#)

VolksbefragungsG; Zurückweisung der **Anfechtung einer Volksbefragung** in der **Marktgemeinde Alland** mangels Legitimation eines einzelnen stimmberechtigten Gemeindegürgers bzw einer politischen Partei

18.02.2016, [E 1395/2015](#)

BFA-VerfahrensG; **VwGVG**; Aufhebung eines Beschlusses des Bundesverwaltungsgerichtes aufgrund erweiterter Anlassfallwirkung; Neufassung der Regelung des BFA-Verfahrensgesetzes betreffend eine **neuerlich verkürzte Rechtsmittelfrist** nicht anzuwenden

19.02.2016, [E 992/2015](#)

AsylG; Verletzung im Recht auf **Gleichbehandlung von Fremden untereinander** durch **Abweisung des Asylantrags** infolge Abstellens auf eine Verfolgungsgefahr im Zeitpunkt der Entscheidung des BAA und mangels aktueller Feststellungen zur Lage im Herkunftsstaat Somalia

19.02.2016, [E 1306/2015](#)

AsylG; Verletzung im Recht auf **Gleichbehandlung von Fremden untereinander** durch Zurückweisung eines **Antrags auf internationalen Schutz** wegen entschiedener Sache; Berücksichtigung der örtlichen Verhältnisse welches Herkunftsstaates nicht erkennbar

25.02.2016, [G 659/2015](#)

StrafvollzugsG; Zurückweisung eines **Parteiantrags** auf Aufhebung von Bestimmungen des StrafvollzugsG über die **Anhörung eines Untergebrachten vor einer Entscheidung** über die bedingte Entlassung aus dem Maßnahmenvollzug mangels Legitimation; Entscheidung über den Antrag auf Abhaltung einer **mündlichen Verhandlung keine** von einem ordentlichen Gericht **in erster Instanz entschiedene Rechtssache**

29.02.2016, [K I 4/2015](#)

Tir FlurverfassungslandesG; Entscheidung eines bejahenden **Kompetenzkonflikts** zwischen einem ordentlichen Gericht und dem LVwG Tirol betreffend einen **Besitzstörungsstreit** über ein **agrargemeinschaftliches Grundstück**; keine Ein-

schränkung der auf Grund einer Sondervorschrift des Tir FlurverfassungslandesG normierten Zuständigkeit der Agrarbehörde für Streitigkeiten über Eigentum und Besitz an in das Zusammenlegungsverfahren einbezogenen Grundstücken

08.03.2016, [E 1082/2015](#)

AsylG; Verletzung im Recht auf **Gleichbehandlung von Fremden untereinander** durch Bestätigung der **Abweisung eines Asylantrags** mangels eigener Auseinandersetzung mit dem Fluchtvorbringen des Beschwerdeführers

08.03.2016, [E 1477/2015](#)

AsylG; keine Verfassungswidrigkeit der **Untersagung des Vereins „Letzte Hilfe – Verein für ein selbstbestimmtes Sterben“**; **Verstoß** des Vereinszwecks **gegen den § 78 StGB** („Mitwirkung am Selbstmord“); Vereinszweck demnach zumindest teilweise gesetzwidrig; keine Überschreitung des Gesetzgebers bezüglich seines Gestaltungsspielraums, wenn er mit dieser Bestimmung des StGB die Mitwirkung am Selbstmord verbietet

08.03.2016, [E 2310/2015](#)

BundesverfassungsG über die Unterbringung und Aufteilung von hilfs- und schutzbedürftigen Fremden; Zurückweisung der VfGH-Beschwerde der Gemeinde Ossiach gegen das **Durchgriffsrecht der Innenministerin** in Zusammenhang mit der **Flüchtlingsunterbringung** als unzulässig; keine unmittelbare Bekämpfbarkeit eines solchen Bescheids der Innenministerin beim VfGH; die Gemeinde müsste sich erst an das BVwG wenden

09.03.2016, [G 606/2015 ua](#)

BundesabgabenO; keine Verfassungswidrigkeit von Bestimmungen der BundesabgabenO über die **Registrierkassenpflicht**; Regelungen zur Reduzierung von Manipulationsmöglichkeiten und damit zur Vermeidung von Steuerhinterziehung geeignet; kein unverhältnismäßiger Eingriff in die Freiheit der Erwerbsbetätigung bei Kleinunternehmen; die Registrierkassenpflicht tritt gem des § 131b Abs 1 BundesabgabenO – im Falle des Überschreitens der Umsatzgrenzen im Voranmeldungszeitraum Jänner 2016 – frühestens mit 1. Mai 2016 ein

B. VERWALTUNGSGERICHTSHOF

VwGH 21.12.2015, [Ra 2015/02/0204](#)

VwGVG; § 30 VwGVG regelt die Belehrungspflicht des VwG in abschließender Weise; sie entspricht inhaltlich der bisher in § 61a AVG geregelten Hinweispflicht; für eine den **Anforderungen des § 30 VwGVG entsprechende „Rechtsmittelbelehrung“** ist es nicht notwendig, dass die Rechtsmittelbelehrung einen ausdrücklicher Hinweis auf gem § 13 AVG im Internet bekannt gemachte **organisatorische Beschränkungen der elektronischen Einbringung** enthält

VwGH 28.01.2016, [Ra 2015/07/0169](#)

VwGVG; die **Bindungswirkung der rechtlichen Beurteilung des VwG gem § 28 Abs 3 VwGVG** erstreckt sich nicht nur auf das folgende Verfahren vor der belangten Behörde, sondern auch auf ein gegebenenfalls daran anschließendes Rechtsmittelverfahren; somit ist nicht nur die Behörde, sondern auch das VwG an die für die Aufhebung und Zurückverweisung tragenden Gründe eines Zurückverweisungsbeschlusses nach § 28 Abs 3 VwGVG gebunden

VwGH 24.02.2016, [2013/05/0217](#)

BauO für Wien; baubehördliche Genehmigung der **Abteilung einer Liegenschaft zur Schaffung eines Bauplatzes**; dem Eigentümer der unmittelbar angrenzenden Liegenschaft kommt im ggst Grundabteilungsverfahren keine **Parteistellung** zu, weshalb dessen Berufung gegen den erstinstanzlichen Bescheid unzulässig war; auch die Beiziehung des Bf im erstinstanzlichen Verfahren konnte dessen Parteistellung nicht begründen

VwGH 24.02.2016, [2013/10/0088](#)

ForstG; **forstbehördlicher Auftrag** zur Einstellung von Bauarbeiten an näher bezeichneten Wegen sowie zur Beseitigung von bereits **auf Waldboden errichteten Wegen**; dem Einwand, der angefochtene Bescheid beziehe sich auch auf Flächen,

die nicht Wald, sondern öffentliches Wassergut seien, ist entgegenzuhalten, dass ausdrücklich nur die Beseitigung „der bereits auf Waldboden errichteten Wege“ aufgetragen wurde

VwGH 24.02.2016, [2013/10/0273](#)

Tir NaturschutzG; Abweisung eines Antrags auf **naturschutzrechtliche Bewilligung für die Errichtung eines Erschließungswegs** entlang eines Bachs; vor dem Hintergrund, dass die Bf gem § 43 Abs 3 Tir NaturschutzG das Vorliegen jener langfristigen öffentlichen Interessen, die die Interessen des Naturschutzes überwiegen, glaubhaft zu machen hat, kann der belangten Behörde nicht entgegen getreten werden, wenn sie ein in einer Verbesserung der Agrarstruktur begründetes **langfristiges öffentliches Interesse** ihrer Entscheidung nicht zugrunde gelegt hat

VwGH 24.02.2016, [Ra 2015/09/0125](#)

VwGVG; die **Verpflichtung zur Beschwerdemitteilung nach § 10 VwGVG** trifft zunächst die Behörde; nach Vorlage der Beschwerde an das VwG hat aber auch dieses zu prüfen, ob den sonstigen Parteien Mitteilung von der Beschwerde gemacht wurde; aus § 10 VwGVG ist auch ein **Überraschungsverbot** in dem Sinne abzuleiten, als ein Vorbringen von neuen Tatsachen und Beweisen zu einem späteren Zeitpunkt als mit der Beschwerde ebenfalls den übrigen Parteien vom VwG mitzuteilen ist; dies gilt auch, wenn das VwG ohne ein Parteilvorbringen zur Annahme von neuen Tatsachen gelangt

C. VERWALTUNGSGERICHTE

BVwG 16.02.2016, [W157 2107342-1](#)

BVwG 19.02.2016, [W157 2107651-1](#)

LuftfahrtG; **antragslegitimiert** hinsichtlich einer **Bewilligung gem § 18 Abs 1 Luftverkehrsregeln** ist nur eine Person, die das Modellflugzeug „betreibt“; Halter eines Flugmodells ist derjenige, der es auf eigene Rechnung betreibt und jene Verfügungsmacht darüber besitzt, die ein solcher Betrieb voraussetzt; Halter und damit gem § 18 Abs 1 Luftverkehrsregeln iVm § 24c Abs 5 LuftfahrtsG Betreiber eines Flugmodells kann auch ein Modellflugverein sein

LVwG Sbg 29.01.2016, [LVwG-3/249/27-2016](#)

Sbg RaumordnungsG; das Sbg RaumordnungsG beinhaltet keine Regelung dahingehend, dass **Bebauungsbedingungen** zu ihrer Rechtswirksamkeit einer **aufsichtsbehördlichen Genehmigung** bedürfen; ggst kann sohin im Rahmen der (auf den Flächenwidmungsplan eingeschränkten) Überprüfungsbefugnis keine Verletzung des Grundsatzes des haushälterischen Umgangs mit Grund und Boden erkannt werden

LVwG Wien 07.01.2016, [VGW-251/028/11414/2015/VOR](#)

AVG; VwGVG; angesichts der Kundmachung des VwG Wien im Internet, dass Anbringen, die **außerhalb der Amtsstunden per Telefax oder E-Mail** übermittelt werden, erst mit Wiederbeginn der Amtsstunden als eingebracht (und eingelangt) gelten, erweist sich die ggst am letzten Tag der Rechtsmittelfrist, außerhalb der Amtsstunden übermittelte Vorstellung als verspätet

IV. GERICHTSHOF DER EUROPÄISCHEN UNION

A. GERICHTSHOF

[17.03.2016, Rs C-232/14, Portmeirion Group](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Dumping – Durchführungsverordnung (EU) Nr 412/2013 – Gültigkeit – **Einführen** von Geschirr und anderen Artikeln aus Keramik für den Tisch- oder Küchengebrauch mit Ursprung in **China** – Betroffene Ware – **Betreffende Ware** – **Begründungspflicht**

[17.03.2016, Rs C-286/14, Parlament / Kommission](#)

Nichtigkeitsklage – Art 290 AEUV – Begriffe ‚Änderung‘ und ‚Ergänzung‘ – Verordnung (EU) Nr 1316/2013 – Art 21 Abs 3 – **Reichweite der Europäischen Kommission übertragenen Befugnis** – **Erforderlichkeit**, einen **gesonderten normativen Akt** zu erlassen – Delegierte Verordnung (EU) Nr 275/2014

[17.03.2016, Rs C-472/14, Canadian Oil Company Sweden und Rantén](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Registrierung, Bewertung und Zulassung chemischer Stoffe** – Verordnung (EG) Nr 1907/2006 (REACH-Verordnung) – Umfang des harmonisierten Bereichs – Registrierung von Stoffen bei der Europäischen Chemikalienagentur vor ihrem Inverkehrbringen – Art 5 – Nationales Chemikalienverzeichnis – Verpflichtung zur Anmeldung für die Zwecke der Registrierung – **Vereinbarkeit mit der REACH-Verordnung** – Art 34 AEUV und 36 AEUV – **Mengenmäßige Einfuhrbeschränkung**

[17.03.2016, Rs C-40/15, Aspiro](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Steuerrecht – **Mehrwertsteuer** – Richtlinie 2006/112/EG – Art 135 Abs 1 Buchst a – Steuerbefreiung im Versicherungsgeschäft – Begriffe ‚Versicherungsumsätze‘ und ‚[dazugehörige] Dienstleistungen, die von Versicherungsmaklern und -vertretern erbracht werden‘ – **Dienstleistungen der Schadensregulierung im Namen und für Rechnung eines Versicherers**

[17.03.2016, Rs C-84/15, Sonos Europe](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Verordnung (EWG) Nr 2658/87 – **Zollunion und Gemeinsamer Zolltarif** – Tarifierung – Kombinierte Nomenklatur – Positionen 8517, 8518, 8519, 8527 und 8543 – **Eigenständiges Gerät**, das dafür konzipiert ist, **digitale Audiodateien abzurufen, zu empfangen** und mittels Streaming in Form von verstärkten Tönen **wiedergeben**

[17.03.2016, Rs C-99/15, Liffers](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Geistiges Eigentum** – Richtlinie 2004/48/EG – Art 13 Abs 1 – **Audiovisuelles Werk** – Verletzungshandlung – Schadensersatz – Berechnungsmodalitäten – Pauschalbetrag – **Immaterieller Schaden** – Einbeziehung

[17.03.2016, Rs C-112/15, Kødbranchens Fællesråd](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Rechtsangleichung – Verordnung (EG) Nr 882/2004 – Verordnung (EG) Nr 854/2004 – **Amtliche Kontrollen von Lebens- und Futtermitteln** – Gebühren, die von den Mitgliedstaaten zur Deckung der durch die amtlichen Kontrollen entstehenden Kosten erhoben werden können – **Kosten** in Verbindung mit der **Ausbildung von amtlichen Fachassistenten**

[17.03.2016, verb Rs C-145/15 und C-146/15, Ruijsenaars und Jansen](#)

Luftverkehr – Verordnung (EG) Nr 261/2004 – Art 7 – Ausgleichsleistungen für Fluggäste bei Annullierung oder mehr als dreistündiger **Verspätung von Flügen** – Art 16 – Nationale Stellen, die für die Durchsetzung der Verordnung zuständig sind – **Zuständigkeit** – Erlass von Durchsetzungsmaßnahmen gegen das Luftfahrtunternehmen, um es zur Zahlung einer einem Fluggast geschuldeten Ausgleichsleistung anzuhalten

[17.03.2016, Rs C-161/15, Bensada Benalla](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Richtlinie 2004/38/EG – **Entscheidung** über die **Beendigung eines Aufenthaltsrechts** – Grundsatz der Wahrung der Verteidigungsrechte – **Recht auf Anhörung** – Verfahrensautonomie der Mitgliedstaaten – Zulässigkeit von Kassationsgründen – Gesichtspunkt zwingenden Rechts

[17.03.2016, Rs C-175/15, Taser International](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts – Justizielle Zusammenarbeit in Zivilsachen – Verordnung (EG) Nr 44/2001 – **Verträge**, nach denen ein **rumänisches Unternehmen verpflichtet** ist, **Marken** an ein **Unternehmen mit Sitz in einem Drittstaat abzutreten** – **Weigerung** – Gerichtsstandsklausel zugunsten des Drittstaats – Widerspruchslose Einlassung des Beklagten auf das Verfahren vor den rumänischen Gerichten – Maßgebende Zuständigkeitsvorschriften

B. SCHLUSSANTRÄGE

[16.03.2016, Rs C-484/14, *Mc Fadden* \(GA Szpunar\)](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Freier Verkehr von Diensten der Informationsgesellschaft – Richtlinie 2000/31/EG – Art 2 Buchst a und b – Begriff ‚Dienst der Informationsgesellschaft‘ – Begriff ‚Anbieter‘ – Wirtschaftliche Dienstleistung – Art 12 – Haftungsbeschränkung eines Anbieters von Diensten der reinen Durchleitung – Art 15 – Ausschluss einer allgemeinen Überwachungspflicht – Gewerbetreibender, der ein lokales Funknetz mit Internetzugang der Öffentlichkeit unentgeltlich zur Verfügung stellt – **Verletzung eines Urheberrechts** oder eines **verwandten Schutzrechts durch einen Dritten** – Anordnung, die die **Verpflichtung** beinhaltet, den **Internetanschluss durch ein Passwort zu sichern**

[16.03.2016, Rs C-2/15, *DHL Express \(Austria\)* \(GA Mengozzi\)](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Freier Dienstleistungsverkehr – Postdienste in der Europäischen Union – Regelung eines Mitgliedstaats, die alle Postdiensteanbieter zur Leistung eines Beitrags zu den betrieblichen Aufwendungen der Regulierungsbehörde des Postsektors verpflichtete

[16.03.2016, Rs C-134/15, *Lidl* \(GA Bobek\)](#)

Verordnung Nr 543/2008 der Kommission – **Vermarktungsnormen für Geflügelfleisch** – Gültigkeit von Art 5 Abs 4 Buchst b – Frisches Geflügelfleisch in Fertigpackungen – Verpflichtung zur Angabe des Gesamtpreises und des Preises je Gewichtseinheit auf der Fertigpackung oder auf einem daran befestigten Etikett auf der Einzelhandelsstufe – Art 15 Abs 1 und Art 16 der Charta der Grundrechte – **Recht auf freie Berufsausübung** – Unternehmerische Freiheit – Verhältnismäßigkeit – Art 40 Abs 2 AEUV – **Nichtdiskriminierung**

[17.03.2016, Rs C-493/14, *Dilly's Wellnesshotel* \(GA Wahl\)](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Staatliche Beihilfen – Verordnung (EG) Nr 800/2008 – Gruppen von Beihilfen, die als mit dem Gemeinsamen Markt vereinbar angesehen werden können – **Umweltschutzbeihilfen** – Beihilfemaßnahmen in Form von Umweltsteuerermäßigungen – **Zwingender Charakter der Freistellungsvoraussetzungen**

[17.03.2016, Rs C-592/14, *European Federation for Cosmetic Ingredients* \(GA Bobek\)](#)

Vorabentscheidungsersuchen – Binnenmarkt – Verordnung (EG) Nr 1223/2009 – Art 18 Abs 1 Buchst b – Kosmetische Mittel – Kosmetikbestandteile – **Verbot des Inverkehrbringens von in Tierversuchen geprüften Kosmetikbestandteilen**

[17.03.2016, Rs C-18/15, *Brisal* \(GA Kokott\)](#)

Steuerrecht – **Freier Dienstleistungsverkehr** ((ex-) Art 49 EG) – Nationale Körperschaftsteuer – Zinseinkünfte – **Beschränkte Steuerpflicht gebietsfremder Zinsgläubiger** – Steuerabzug an der Quelle – Betriebsausgaben im unmittelbaren Zusammenhang mit der besteuerten Tätigkeit – Finanzierungskosten – **Gemeinkosten der Tätigkeit**

[17.03.2016, Rs C-63/15, *Ghezelbash* \(GA Sharpston\)](#)

Asyl – Prüfung eines **Antrags auf internationalen Schutz** – Kriterien zur Bestimmung des zuständigen Mitgliedstaats – Auslegung von Art 27 Abs 1 der Verordnung (EU) Nr 604/2013 – **Recht auf eine Überprüfung**

[17.03.2016, Rs C-123/15, *Feilen* \(GA Wathelet\)](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Steuerwesen – **Freier Kapitalverkehr** – **Erbschaftsteuer** – Regelung eines Mitgliedstaats, die eine Ermäßigung der Erbschaftsteuer vorsieht, wenn der Nachlass Vermögen betrifft, das in den letzten zehn Jahren bereits von Todes wegen erworben worden war und dieser Erwerb im selben Mitgliedstaat der Erbschaftsteuer unterlag – **Geerbtes** und in einem **anderen Mitgliedstaat besteuertes Vermögen**

[17.03.2016, Rs C-155/15, *Karim* \(GA Sharpston\)](#)

Asyl – Prüfung eines **Antrags auf internationalen Schutz** – Kriterien zur Bestimmung des zuständigen Mitgliedstaats – Auslegung von Art 27 Abs 1 der Verordnung (EU) Nr 604/2013 – **Tragweite des Rechts auf eine Überprüfung** – Bedeutung von Art 19 Abs 2

[17.03.2016, Rs C-187/15, Pöpperl \(GA Bobek\)](#)

Art 45 AEUV – **Freizügigkeit der Arbeitnehmer** – Beamte, die ihren Mitgliedstaat verlassen, um eine Beschäftigung in einem anderen Mitgliedstaat aufzunehmen – **Rechtsvorschriften**, nach denen **Versorgungsbezüge nicht gewährt** werden und der **Anspruch** nach Übertragung gegen das allgemeine **gesetzliche Rentenversicherungssystem** zu richten ist

[17.03.2016, Rs C-207/15 P, Nissan Jidosha / HABM \(GA Campos Sánchez-Bordona\)](#)

Rechtsmittel – **Gemeinschaftsmarke** – Bildmarke mit dem Wortbestandteil ‚CVTC‘ – **Teilweise Ablehnung der Verlängerung durch den Prüfer**

C. GERICHT

Keine relevanten Urteile im Berichtszeitraum.

V. EUROPÄISCHER GERICHTSHOF FÜR MENSCHENRECHTE

17.03.2016, Beschwerde Nr. [69981/14](#), *Rasul Jafarov / Aserbaidshan*

Verletzung von **Art 5 Abs 1** (Recht auf Freiheit und Sicherheit) und **Abs 4** (Recht auf richterliche Haftprüfung) sowie **Art 18 EMRK** (Begrenzung der Rechtseinschränkungen); **Inhaftierung** des Bf **ungerechtfertigt**, da sie offensichtlich zu dem Zweck erfolgte, um ihn für seine Aktivitäten als **Menschenrechtsaktivist zu bestrafen**; Inhaftierung im Kontext einer äußerst restriktiven Gesetzgebung hinsichtlich NGOs, öffentlichen Anschuldigungen von staatlicher Seite im Vorfeld sowie der zeitgleichen Inhaftierung mehrerer Menschenrechtsaktivisten

17.03.2016, Beschwerde Nr. [16313/10](#), *Kahn / Deutschland*

Keine Verletzung von **Art 8 EMRK** (Recht auf Achtung des Privat- und Familienlebens); Veröffentlichung von **Fotos** der **Kinder** des Bf ehemaligen Torhüters der deutschen Fußballnationalmannschaft in einem Magazin **trotz gerichtlicher Unterlassungsanordnung**; keine Verletzung des Rechts auf Achtung des Privat- und Familienlebens, da das Magazin zur Zahlung von **hinreichenden Entschädigungszahlungen** verurteilt wurde und die Gesichter der Kinder auf den Fotos nicht erkennbar waren

15.03.2016, Beschwerde Nr. [31039/11](#) ua, *Novruk ua / Russland*

Verletzung von **Art 14** (Diskriminierungsverbot) iVm **Art 8 EMRK** (Recht auf Achtung des Privat- und Familienlebens); un gerechtfertigte **Diskriminierung** der **HIV-positiven** Bf aus gesundheitlichen Gründen, da ihnen aufgrund ihrer Erkrankung die dauerhafte **Aufenthaltsgenehmigung verweigert** wurde; zwar kein aus der Konvention ableitbares Recht auf Einreise bzw Niederlassung in einem Konventionsstaat, allerdings müssen bei Vollzug der fremdenrechtlichen Bestimmungen die Menschenrechte beachtet werden; europäischer Konsens in Bezug auf Diskriminierungsverbot hinsichtlich der Aufenthaltsrechte von HIV-positiven Personen

[Newsletter ÖER Aktuell kostenlos abonnieren](#)

[Rundbrief Polizeirecht Aktuell kostenlos abonnieren](#)

DISCLAIMER

Bundesgesetzblatt: BGBl I vollständig; im Übrigen erfolgt eine Auswahl nach den Forschungsschwerpunkten der Institute, Aktualität und Relevanz.

Amtsblatt der EU: Aufgenommen werden sämtliche „Gesetzgebungsakte“; bei den „Rechtsakten ohne Gesetzescharakter“ sowie den „Mitteilungen und Bekanntmachungen“ erfolgt eine Auswahl nach den Forschungsschwerpunkten der Institute, Aktualität und Relevanz.

Verfassungsgerichtshof: Erkenntnisse (mit Ausnahme von „Serien“) vollständig, bei den Beschlüssen erfolgt eine Auswahl nach Relevanz.*

Verwaltungsgerichtshof und Verwaltungsgerichte: Auswahl nach Forschungsschwerpunkten der Institute (insb Baurecht, Energierecht, Gewerberecht, Hochschulwesen, Polizeirecht, Raumordnung, Technikrecht, Umweltrecht, Verwaltungsverfahren, Verwaltungsstrafrecht, Verwaltungsgerichtsbarkeit, Entscheidungen mit europarechtlicher Relevanz), Aktualität und Relevanz.

Gerichtshof der EU: Vollständige Auflistung der Urteile und Schlussanträge.*

Gericht der EU: Aufgenommen werden sämtliche Urteile mit Österreich-Bezug sowie Nichtigkeitsklagen gem Art 263 AEUV.*

Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte: Urteile der Großen Kammer vollständig, Urteile und Beschlüsse einer Kammer mit Österreich-Bezug vollständig, sonstige Entscheidungen nach Aktualität und Relevanz.

* Die amtliche Auswertung (Leitsätze) des jeweiligen Gerichts wird wörtlich übernommen.

IMPRESSUM

Herausgeber/Medieninhaber: Institut für Europarecht, Institut für Verwaltungsrecht und Verwaltungslehre, Johannes Kepler Universität Linz, Altenberger Straße 69, A-4040 Linz.

Redaktion: Assoz. Univ.-Prof. Dr. Franz Leidenmühler, Univ.-Prof. Dr. Michael Mayrhofer (Leitung); Hofrat Dr. Alfred Grof (Landesverwaltungsgericht Oberösterreich); Univ.-Ass. Mag. Sandra Grafeneder, Univ.-Ass. Mag. Bianca Wögerbauer, Univ.-Ass. Mag. Claudia Höbarth; Univ.-Ass. Mag. Beate Sündhofer, Univ.-Ass. Mag. Sebastian Mauernböck, Wiss.-Mit. Mag. Sarah Heiml; Mag. Matthäus Schmied;

Hinweis: Es wird darauf hingewiesen, dass alle Angaben im Newsletter ÖER Aktuell trotz sorgfältiger Bearbeitung ohne Gewähr erfolgen und eine Haftung der Herausgeber, der Redaktion oder sonstiger Personen ausgeschlossen ist.